Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

23.6.1874 (No. 143)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 143. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Dienstag, 23. Juni | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

Badenia.

Anläßlich des mit 1. Juli d. J. beginnenden neuen Quartals unseres Blattes beehren wir uns, unsere Gesinnungsgenossen zu eifriger Betheiligung durch Abonnement und Inserate ergebenst einzuladen. In Bälde wird die Einrichtung der Druckerei vervollständigt sein, und kann daher eine bessere Ausstattung des Blattes und die Uebernahme weiterer Druckarbeiten in Aussicht gestellt werden.

Mit dem neuen Quartale wird der Redaktion eine ständige Beihülfe zugetheilt werden.

Die HH. Aktionäre werden zugleich ersucht, weitere 10% der gezeichneten Aktien im Laufe des Monats Juli unter der Adresse: **„Herrn Franz Hiß, Cassier der Badenia in Karlsruhe“**, welcher vom 1. Juli an in das Geschäft eintritt, einzusenden.

Karlsruhe, den 19. Juli 1874.

Der Aufsichtsrath.

Badischer Landtag.

✱ **Karlsruhe**, 19. Juni. (2. Kammer. Abendsitzung.) Bericht des Abg. Stösser Namens der Commission für die Städteordnung, den Gesetzentwurf besondere Bestimmungen über die Aufbringung des Gemeindeaufwandes in den Städten betr.

Nicolai: Es handele sich heute abermals um ein Steuergesetz, und zwar für einzelne Städte. Daß die Standpunkte bei Steuergesetzen sehr verschieden seien, davon habe man sich in diesem Hause überzeugt. Die Meinungen der Vertreter der großen Städte gingen sehr auseinander und deßhalb habe man einen Compromiß versucht. Er habe Anstände gegen das Gesetz, nicht weil das Princip der Einkommensteuer in dasselbe hineingetragen sei, sondern weil der Termin der Einführung derselben noch nicht bestimmt sei. Darüber sei man einig, daß wenn die Städteordnung eingeführt werden solle, das alte Besteuerungswesen geändert werden müsse. Nun aber gehe er von der Ansicht aus, daß das kostbare Gut der Städteordnung für längere Zeit uns versagt bleiben könne, weil im letzten Artikel des Gesetzes dieselbe in Beziehung zu der Einkommensteuer gesetzt worden, für die der Einführungstermin noch nicht festgestellt sei. Der früheste Termin dazu würde also das Jahr 1877. Es nehme sich doch jedenfalls sonderbar aus, wenn die Vertreter der großen Städte mit einer schönen Städteordnung heimkämen, man aber noch nicht wisse, wann sie in's Leben treten könne. Es frage sich nun, ob nicht in der Zwischenzeit schon eine Vorsorge getroffen werde, daß für die Städte ein Anschluß an die Staatssteuern geschaffen werden könne. Er sei in Verbindung mit den anderen Vertretern der Städte geneigt, einen Antrag einzubringen, um in dieser Richtung einen Ausweg zu suchen, damit der Termin der Einführung der Städteordnung nicht zu weit hinausgezogen werde.

v. Feder: Die Verhältnisse der Städte seien so verschieden, daß kaum eine Verständigung von deren Vertretern zu erwarten sei. Es werde kaum möglich sein, die sieben Städte unter eine Regel zu bringen, um ihre städtischen Bedürfnisse zu decken. Redner erörtert die verschiedene Natur jener Städte und insbesondere die Steuerverhältnisse in Mannheim. Er theile die Bedenken des Vorredners in Betreff des weit hinausgerückten Termins. Es sei nothwendig, daß sobald möglich etwas geschehe, da z. B. die Stadt Mannheim auf die bisherige Weise ihre Umlagen nicht mehr erhöhen könne und dann ein förmlicher Stillstand für alle begonnenen Unternehmungen eintreten werde. Er sei daher zur Ueberzeugung gekommen, daß ein gleiches Gesetz für sämmtliche Städte nicht möglich sei und er würde deßhalb wünschen, in dieser Richtung den Gemeinden je nach ihren Verhältnissen einen gewissen Spielraum zu belassen. 50% könnten auf die bisherige Weise erhoben werden und das Andere könne man einem Ortsstatut der betr. Stadtgemeinde zur Regelung überlassen, so daß Städte wie Mannheim zur Einkommensteuer für das Uebrige greifen könnten. Es werde das zugleich eine treffliche Vorarbeit für die staatliche Einkommensteuer sein.

Mays: Der Vorschlag Nicolais führe zur schnellsten Einführung der Städteordnung, die nicht mehr hintangehalten werden dürfe, wenn die Städte nicht große Nachtheile erleiden sollten. Es müsse letzteren durch Beizug neuer Steuerobjecte geholfen werden; man könne nicht die bisherigen noch mehr belasten. Er will wie der Vorredner die größtmögliche Autonomie der Städte auf dem Gebiete der Besteuerung. Einen Klassenkampf in den Städten fürchte er gar nicht. Wolle man diese Autonomie nicht geben, dann bitte er um die Staatsbevormundung einer wohlmeinenden Regierung; denn in verhältnißmäßig geringfügigen Dingen in der Städteordnung Autonomie sei gegeben und hier in einer ungleich wichtigeren Sache verweigere man sie; das sei ein großer Widerspruch.

Bluntschli: Man sei an einem Punkte angelangt, wo möglicherweise eine große Arbeit der Kammer scheitere. Deßhalb wolle er einen Antrag zur Sprache bringen, der eine möglichst rasche Einführung der Städteordnung ermögliche, aber die Gefahren des Antrages von Mays beseitige. Auch er wolle Autonomie der Gemeinden; aber die verschiedene Besteuerung sei höchst gefährlich. Der Klassenkampf werde sicher eintreten, denn hier sei der Egoismus im Spiel und die heterogensten Ansichten der Massen über die Besteuerung. Wenn er auch manche wesentliche Verschiedenheiten in den Städten zugebe, so groß seien sie doch nicht, daß sie verschiedener Besteuerung bedürften. Wenn der Staat für sämmtliche Landgemeinden die Steuern festsetze, so könnten die größeren Städte kein so großes Privileg für sich in Anspruch nehmen. Der Gesetzgeber müsse das Gesetz im Ganzen feststellen und den Ortsstatuten nur untergeordnete Abweichungen überlassen. Es sei namentlich nicht geeignet, daß in den Städten die Wahl sein soll, ob nach der Einkommensteuer oder nach andern Grundsätzen die Umlagen erhoben werden sollten. Da werde es Leute geben, die den losbrechenden Kampf zu ihren Zwecken benützten. Ein zu großer Wechsel sei bedenklich im Steuerwesen und wenn man einem Gesetze selbst den Wechsel ermögliche, so reize man zu vielen für die Stadt verderblichen Reibereien. Redner bekämpft eingehend die verschiedenen Standpunkte der Vorredner. Er meint, die Gewerbetreibenden hätten an sich ein weit höheres Interesse an der Blüthe der Stadt und deßhalb rechtfertige es sich, sie auch etwas höher beizuziehen, als die Beamten, die ein Gewinn für die Städte als ein vorzugsweise gebildetes Element seien. Die Städteordnung solle bald eintreten und es werde das nicht möglich sein, wenn man einfach den Antrag der Regierung und Commission acceptire; er mache daher den Vorschlag, die Einführung der neuen Städteordnung nicht abhängig zu machen von der Erhebung der neuen Staatseinkommensteuer, sondern daß man es ermögliche, die Einkommensteuer in den Städten schon vorher zur Ausführung zu bringen.

Staatsminister Jolly: Seine Aufgabe sei ihm durch den Vorredner erleichtert. Die Autonomie der Städte im Steuerwesen habe die größten Nachtheile und Gefahren, wie Bluntschli treffend ausgeführt habe. Die Gemeinden hätten ja im Lande das Recht, indirekte Steuern einzuführen, also fehle es ihnen nicht an Autonomie. Der Abg. Mays wolle den Städten die Wahl in der Besteuerung überlassen; das sei höchst bedenklich, — es werde das öffentliche Interesse zu Gunsten des Privatinteresses schwer geschädigt

Verschiedenes.

(Ein interessanter Fund.) Aus Görz, 7. Juni, wird der „Pr.“ geschrieben: „In dem benachbarten Cividale, der Civitas Austriae der Longobarden, stießen an einem der letzten Tage des verflossenen Monats auf der Piazza di Paolo Diacono etliche Arbeiter, die eben mit der Anlegung einer Wasserleitung beschäftigt waren, in der Tiefe von drei Metern auf eine Steinplatte. Da man einen Schatz vermuthete, wurde sogleich der Bürgermeister de Portis von dem Funde benachrichtigt, der mit dem Direktor des dortigen Museums und dem Prätor, denen sich eine große Menge Neugieriger anschloß, auf dem Platze erschien und befahl, mit aller Vorsicht weiter zu graben. Die Steinplatte wurde entfernt und unter einer leichten Schichte Erde kam nun ein Grabmal zum Vorscheine. Dasselbe wurde geöffnet und enthielt die nur noch spärlich erhaltenen Ueberreste eines Kriegers, der nach den Waffen, Schmuckgegenständen, die sich vorfanden, zu schließen, hohen Standes gewesen sein muß. Man fand im Grabe ein Schwert, eine Lanze, einen Helm, Sporen, eine goldene Schnalle, einen goldenen Ring, ein großes griechisches Kreuz aus Gold, mit neun Edelsteinen verziert, nebst noch zwei kleineren vergoldeten Kreuzen aus Bronce; ein Fläschchen sehr reinen Wassers und außerdem noch ein Stückchen eines sehr schönen, mit Goldfäden durchwirkten Kleides. Von einer Inschrift fand man Anfangs keine Spur und man wußte nicht, wem diese Ueberreste einst angehört haben mochten. Erst am 2. d. M. kam, als eine dünne Schichte Kalkes von der Decke des Grabmals entfernt wurde, ungefähr in der Mitte derselben in rohen lateinischen Schriftzeichen das Wort Gisul zum Vorscheine. Jetzt war es klar, daß man es hier mit dem Grabmale und den sterblichen Ueberresten des Longobarden-Herzogs Gisulf zu thun habe. Bekanntlich war derselbe ein Neffe des Longobarden-Königs Albuin und von diesem zum ersten Herzog der longobardischen Ostmark Friaul ernannt, im Jahre 611 in einer Schlacht gegen die in sein Gebiet eingefallenen Avaren nebst vielen seiner Getreuen gefallen, worauf dann diese durch den Verrath seiner Wittwe Romilda sich der Stadt selbst, freilich nur vorübergehend, bemächtigten. Der interessante Fund wurde dem dortigen Museum, welches reich an historischen Merkwürdigkeiten ist, übergeben.“

— Eine Löwenjagd von Bord eines Dampfschiffes ist gewiß etwas Ungewöhnliches; diese Gattung Sport hat an Bord des Dampfers City of London stattgefunden. Ein Correspondent der „Times of India“ erzählt die Details dieser Jagd. Am Morgen des 19. März, als sich das Schiff am Zusammenfluß des Euphrat und Tigris befand, deren Gewässer über die Ufer getreten waren und die umliegende Gegend überschwemmt hatten, bemerkte man ungefähr eine Meile vor dem Dampfer drei Löwen im Wasser. Als man in ihrer Nähe war, fiel ein Schuß von Bord und streckte eine der Bestien todt nieder, als sie sich gerade anschickte auf das Fahrzeug zu gelangen. Die Schaluppe wurde herabgelassen, um den Körper des getödteten Löwen aufzunehmen, während sich der Dampfer gegen die beiden Ueberlebenden kehrte. Eine allgemeine Decharge von Bord streckte die zwei Löwen dahin und man brachte ihre Leichen auf's Schiff. Zehn Minuten später sahen Passagiere und Schiffsbemannung noch einen ungeheuern Löwen, der auf einem kleinen, rings von Wasser umgebenen Fleckchen Landes kauerte. Mehrere Schüsse wurden zugleich auf ihn abgefeuert und das gewaltige Thier richtete sich auf den Hintertatzen empor, als wolle es sich gegen das Schiff werfen. In diesem Augenblicke fielen neuerdings einige Schüsse und machten dem Leben des Löwen ein Ende. An Bord gebracht, wurde derselbe gemessen und man fand folgende Dimensionen: Länge vom Kopf bis zum Schwanzende 9 Fuß 6 Zoll, Länge des Körpers allein 6 Fuß 7 Zoll, Höhe 3 Fuß 9½ Zoll, Gewicht 420 Pfund. Nie hatte zuvor ein ähnliches Jagdabenteuer in dieser Gegend von Mesopotamien stattgefunden.

(Ueber die Verständigungsorgane der Thiere) bringt eine englische Zeitung folgenden interessanten Fall. Bei einem Krämer stand im Keller ein hohes Faß mit etwas Käse. Als eines Tages revidirt wurde, fand man keinen Käse darin, aber eine ganze Heerde von Ratten, die denselben aufgefressen hatten und nicht wieder heraus konnten. Man holte die Hauskatze; diese blickte hinein und lief weg. Bald kam sie mit einer andern Katze wieder. Beide ließen ihre Augen auf das edle Wild funkeln, schnurrten und liefen weg. Endlich kamen sie mit einer dritten Katze und ohne Zögern sprangen sie nunmehr in das Faß. Trotzdem hatten sie sich verrechnet. Zwei Katzen wurden todtgebissen und nur mit Mühe gelang es, die dritte von jenen scheußlichen Bestien zu befreien.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

werden. Redner weist an einzelnen Beispielen die Gefahren nach, die daraus entstünden und den Klassenkampf zur Folge haben würden und bekämpft weiter im Einzelnen die gegnerischen Ausführungen. Zur Sache selbst sei kein Zweifel, daß die Bedürfnisse in den Städten ungeheuer gewachsen seien und daß eine hohe Belastung daher stattfände; es bedürfe hier also einer Reform. Es handle sich zunächst um die wirthschaftliche Bedeutung der Gemeinde, so z. B. wende die Stadt Baden sehr Vieles auf für die Fremden und in Folge dessen seien die Umlagen sehr hoch, aber keinem Bürger werde es einfallen, die Ausgaben für die Fesselung der Fremden einzustellen, um dadurch kleinere Umlagen zu erhalten. (Im Saal ist inzwischen bei einem heraufziehenden Gewitter vollständige Nacht eingebrochen, und Ihr Correspondent mußte daher sein Referat während der Rede des Herrn Staatsministers abbrechen, bis das hohe Haus erleuchtet wurde, wobei inzwischen ihm der Faden in jener Rede abhanden gekommen war.)

Indem man, führt Redner später aus, die Besteuerungswahl den Gemeinden überlasse, organisire man den förmlichen Steuerkrieg in denselben. Dagegen biete die Einkommensteuer den Gemeinden alles das, was vernünftiger Weise geboten werden könne; zudem sei diese Besteuerung auch eine äußerst einfache. Der Vorschlag der Regierung sei der einzig richtige; nur gebe er zu und empfinde das auch schmerzlich, daß der Termin etwas hinausgerückt werde, aber dem könne durch Bluntschlis Antrag abgeholfen werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgt die Specialdiscussion.

Art. 1.

Mays verzichtet auf eine abermalige Begründung seines Antrags und beschränkt sich auf Bekämpfung einzelner Einwendungen Jollys.

Auch Nicolai rechtfertigt seinen Antrag gegenüber den Ausführungen von der Regierungsbank, erklärt sich aber schließlich bereit, dem Antrag Bluntschlis beizutreten, also auf seinen Vorschlag zu verzichten.

Den Schluß der Sitzung, welche bis nach 9 Uhr Abends dauerte, geben wir mit Benützung der „Neuen Bad. Landeszeitung“:

Abg. v. Feder spricht für den Antrag, der jedenfalls viel eher geeignet sei, die Einführung der Städte-Ordnung auf Grund der Einkommensteuer zu bewirken, als der vom Abg. Bluntschli angekündigte Antrag. Die im Antrage verlangte städtische Autonomie gehe nicht über die den Städten in Preußen eingeräumte Selbstständigkeit hinaus und gebe durchaus nicht zu den Befürchtungen Anlaß, die hier ausgesprochen worden seien. Es solle nicht die Gemeindeverwaltung, sondern die Gemeindevertretung über die Steuerfrage entscheiden; außerdem sei ja die Staatsgenehmigung der bezüglichen Beschlüsse vorbehalten. Auch sei in dem Antrage nicht gemeint, 50 Procent der stadtischen Bedürfnisse unbedingt durch die Einkommensteuer zu decken; es solle nur der Spielraum gewährt werden, je nach Bedürfniß, bis zu dieser Grenze gehen zu können.

Hug bekämpft die Ansicht, wornach in den Städten die Grund- und Häuserbesitzer, sowie die gewerbetreibende Bevölkerung stärker zu den Umlagen beigezogen werden sollen, als die kapital- und klassensteuerpflichtigen Bürger der Einwohnergemeinde. Die Vortheile des Gemeindelebens kämen in ähnlicher Weise allen Gemeindegliedern zu gut, wie jene des Staatslebens den Staatsangehörigen; daher soll jeder nach Verhältniß seiner Steuerfähigkeit zu den Umlagen beitragen.

Redner spricht sich entschieden gegen die Städteordnung aus, die ein total reaktionäres Gesetz sei, weil sie die direkten, allgemeinen Wahlen der Bürgermeister und Gemeinderäthe abschaffe und der überwiegenden Mehrzahl der Bürger fast jeglichen Einfluß auf den Gang der Gemeindeangelegenheiten verschließe.

Abg. Blum: Der Antrag Mays sei nicht annehmbar, weil er den Gemeinden ein Besteuerungsrecht einräume, das er für bedenklich halte. Der Antrag Feders sei noch unannehmbarer, da dieser in dieser Richtung eine noch größere Autonomie der Gemeinde erstrebe.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. v. Feder will nur noch dem Abg. Blum erwiedern, daß derselbe vielleicht die Verhältnisse in Heidelberg kenne, daß er (Redner) aber die Verhältnisse in Mannheim besser kenne und daß nirgends die Rede davon sei, die Hälfte der städtischen Bedürfnisse auf die Schultern Einzelner abzuladen.

Der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung.

Der Antrag: v. Feder u. Gen. wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag: Sachs, Mays u. Gen. wird ebenfalls abgelehnt.

Die Anträge der Commission werden angenommen.

Zweiter Artikel wird zur Discussion gestellt.

Abgg. Bluntschli, Hufschmid und Joos stellen den Antrag: Die Staatsregierung solle über die Inkrafttretung des Gesetzes bestimmen, sobald die Kataster für die Staats- und die städtische Einkommensteuer aufgestellt sein werden.

Der Abg. Martin spricht gegen, die Abgg. Bär und Friderich sprechen für den Antrag.

Der Antrag Bluntschlis wird angenommen und hierauf in namentlicher Abstimmung der Gesetzesvorlage mit allen gegen 6 Stimmen (Edelmann, Hug, Junghanns, Marbe, Martin und Mays) Genehmigung ertheilt.

* **Karlsruhe**, 20. Juni. Für die heutige Sitzung der 2. Kammer, die sich hauptsächlich mit Petitionsberichten, untergeordneter Art befaßte, haben wir ihrer geringen Bedeutung wegen keinen Raum in unserem von den Kammerreferaten ohnehin so stark in Anspruch genommenen Blatte.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Juni. S. K. H. der Großherzog haben geruht, den Kameralpraktikanten Wilhelm Sachs von Karlsruhe zum Secretär bei der Zolldirektion, den Bezirksingenieur Binder in Emmendingen zum Vorstande der Wasser- und Straßenbau-Inspektion in Bruchsal zu ernennen.

* **Karlsruhe**, 21. Juni. Gestern Abend, als unser Blatt bereits versendet war, erhielten wir die Trauerkunde aus Freiburg, daß Baurath Bader, einer der verdienstvollsten Männer der katholischen Volkspartei gestorben ist. Heute hat sein Leichenbegängniß stattgefunden. R. J. P.

* **Freiburg**, 18. Juni. Ueber die am letzten Montag beim hochw. Hrn. Bisthumsverweser neuerdings stattgehabte Pfändung lesen wir im „Freiburger Boten“ folgendes Nähere: „Wenn wir recht wissen, soll auf diesem Wege eine Strafsumme im Betrage von 602 fl. erhoben werden. Es wurden als Pfandgegenstände in Beschlag genommen: ein Bett, Spiegel, Oelgemälde und dazu die gesammte Einrichtung eines Gastzimmers. Wann es zu einer zweiten Steigerung kommt, ist noch nicht bekannt.“

†† **Bruchsal**, 19. Juni. Mit Entschließung der 2. Kammer, in Sachen der gemischten Schulen eine Adresse an S. K. H. den Großherzog gelangen zu lassen, wäre also wieder ein Stück des „Culturkampfes“ abgewickelt; das Weitere wird nachfolgen. Seit fragliche Angelegenheit in der 2. Kammer angeregt wurde, ist in der liberalen Presse Mancherlei hin- und hergeschrieben worden, oftmals auch recht Sonderbares. Hierher gehört jedenfalls, was die hiesige Kraichgauer Zeitung über den Abstimmungsmodus aus „Baden“ sich mittheilen ließ. Es heißt: „Wird überhaupt in Zukunft noch Abstimmung der Gemeinden beliebt, dann möge man unter allen Umständen an die Stelle der bisherigen öffentlichen Abstimmung die geheime treten lassen. Jene gibt den Abstimmenden schutzlos der Controle des Geistlichen und den manchfachen, von dieser Seite aus an eine anticlericale Abstimmung sich knüpfenden kirchlichen Chicanen preis. Das sollte vermieden werden.“ — Also die Kraichgauer Zeitung; ein Müsterchen, wie man liberalerseits öffentliche Meinung macht. Gerade umgekehrt verhält es sich. Die öffentliche Abstimmung wurde von vornherein von den Ultramontanen beklagt, und zwar mit vollem Grunde, weil die Erfahrung bestätigte, daß Katholiken, welche sich in abhängiger Lebensstellung befanden, aus Furcht vor der Controle ihrer liberalen Herrn sehr oft gegen ihre eigene Confessions- und für die Mischschule stimmten. Sodann sind noch ganz frisch die vielen Chicanen in Erinnerung, welche auf nicht clericaler Seite beliebt worden sind und die mehr als hinlänglich beweisen, daß die Behauptung der Kr. Ztg. total unrichtig ist.

* **Heidelberg**, 20. Juni. Hier hat sich eine „Volksbank“ gebildet. Der nunmehr constituirte Aufsichtsrath hat Herrn Kaufmann Jakob Lindau zum Vorsitzenden, Herrn L. Ilgen zu dessen Stellvertreter gewählt. Herr A. Henrici ist Director und Herr Schwaner Controleur der Genossenschaft.

Stuttgart, 20. Juni. Vorm. 11 Uhr. S. Maj. der König hat soeben den Landtag mit folgender Thronrede geschlossen: Liebe Getreue! Der Landtag, welcher heute abschließt, hervorragend durch Wichtigkeit und Zahl seiner Ergebnisse, hat in denkwürdiger, von weltgeschichtlichen Ereignissen bewegter Zeit begonnen. Schon bei seiner Eröffnung konnte Ich die bedeutendste Frucht der nationalen Erfolge — die Verträge, abgeschlossen zur Herstellung eines durch Kaiser und Reich neu geeinigten Deutschlands — als den wichtigsten Gegenstand Ihrer Berathungen bezeichnen. Sie haben in patriotischem Sinne diesen Verträgen Ihre Zustimmung ertheilt. Das hierdurch begründete neue staatsrechtliche Verhältniß gab verstärkten Anlaß, die früher begonnene Verfassungsreform auf einige weitere Punkte zu erstrecken, welche einer zeitgemäßen Abänderung zunächst bedürftig erschienen. Das erzielte Ergebniß berechtigt zu der Hoffnung, daß es im Wege des stetigen und besonnenen Fortschrittes gelingen werde, künftige weitere Reformen in gleich befriedigender Weise durchzuführen. Der Stellung Württembergs im deutschen Reiche hatte auch die Staatsverwaltung in verschiedenen Beziehungen sich anzupassen. Die Einführung reichsgesetzlicher Einrichtungen erforderte manche zum Theil tief greifende Aenderungen des bestehenden Rechts, welche Ihre Mitwirkung in Anspruch nahmen. Die Ordnung des Staatshaushalts war bei den erhöhten Anforderungen an die Staatskasse mit Schwierigkeiten verbunden. Durch die Zunahme der ordentlichen Staatseinnahmen und durch den Zufluß der Kriegsentschädigungsgelder kam die Finanzverwaltung in die günstige Lage, ohne Erhöhung der Steuern über ausreichende Mittel auch für eine Reihe von außerordentlichen Staatsausgaben, insbesondere für die Herstellung der Kriegstüchtigkeit meines Armeecorps, zu verfügen. Mit einer Bereitwilligkeit, welcher Ich gerne Meine Anerkennung zolle, haben Sie für die Befriedigung des Staatsbedarfs die Mittel verwilligt und dabei die Interessen des Unterrichts und der Bildung in reichlichem Maße bedacht. Ihrer gerechten und einsichtsvollen Würdigung der Vorschläge Meiner Regierung zur Verbesserung der Lage der öffentlichen Diener verdanken dieselben die ihnen wiederholt zu Theil gewordene Gehaltserhöhung. Dem volkswirthschaftlichen Bedürfnisse einer weiteren Ausdehnung des Eisenbahnnetzes ist Meine Regierung im Einklang mit vielfach kundgegebenen Wünschen bereitwilligst nachgekommen; durch die von Ihnen gefaßten Beschlüsse haben Sie das Ihrige zur gedeihlichen Entwicklung dieses wichtigsten Verkehrsmittels beigetragen. — Die unabweisbar gewordene Reform des indirecten Steuersystems ist durch das mit Ihnen verabschiedete Gesetz in umfassender Weise eingeleitet. Durch die neue allgemeine Bauordnung hat das Verfahren in Hochbausachen eine durchgreifende zeitgemäße Regelung erhalten. Die Entwickelung der land- und forstwirthschaftlichen Cultur wurde gefördert durch das Gesetz über die Ausübung und Ablösung der Weide- und Laubstreurechte. Außer den genannten Gegenständen haben noch zahlreiche andere Vorlagen ihre Erledigung gefunden. Für den Eifer und die Hingebung, womit Sie Ihre Arbeiten zum Ziele führten, spreche Ich Ihnen Meinen königlichen Dank aus. Die Ergebnisse Ihrer Verhandlungen werden dem Lande zum Segen gereichen. Möge unser geliebtes Württemberg und das ganze deutsche Vaterland sich mit Gottes Hilfe des Glückes ungestörten Friedens, steigender Wohlfahrt und Gesittung dauernd erfreuen! Ich erkläre den Landtag für geschlossen.

München, 19. Juni. Der Finanz-Ausschuß der Abgeordnetenkammer verwarf am 15. mit 9 gegen 5 Stimmen die Petitionen der „Altkatholiken“ um staatlichen Zuschuß für ihre Geistlichen. Außer den 6 ultramontanen Mitgliedern des Ausschusses stimmten noch Gerstner, Crämer und Kraußold gegen diese Bewilligung.

N. **Münster**. Der Unfall, welchen Hr. Maler Settegast von Mainz bei seinem Sturze vom Gerüste erlitten hat, stellt sich bedeutender heraus, als anfänglich geglaubt wurde. Außer dem Bruch des rechten Schlüsselbeins, brach er den linken Oberschenkelknochen. Er wurde zur besseren Pflege in's Hospital verbracht; seine Frau ist hier angekommen. Hoffen wir, daß die Sache ebenso gut ablaufe, wie bei den Malern Ed. Steinle und Schraudolph, die einst auch vom Gerüste fielen und wiederhergestellt wurden.

Fulda, 15. Juni. Die „Köln. Ztg.“ berichtigt die Mittheilung, zwischen dem Oberpräsidenten und dem Hrn. Bisthumsverweser Hahne sei eine mündliche Verabredung dahin getroffen, daß der status quo auf kirchlichem Gebiete aufrecht erhalten werden solle, in folgender Weise: „Allerdings ist Hr. Hahne vor mehreren Wochen in Kassel gewesen und hat auch dem Oberpräsidenten seinen Besuch abgestattet. Wie natürlich, sind hier die kirchlichen Verhältnisse des Bisthums zur Sprache gekommen. Herr von Bodelschwingh äußerte in seiner bekannten wohlwollenden Weise, daß Hahne seiner Ansicht nach den gewünschten Homagialeid habe leisten können, da er ja durch die Mai-Convention der Bischöfe nicht gebunden wäre. Hierauf entgegnete der Letztere, daß ihm dies zwar nicht möglich sei, daß er aber stets auf's eifrigste bestrebt sein würde, den Frieden

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zwischen Kirche und Staat in seinem Bisthume, insofern es mit seinen Pflichten als Priester nicht contrastire, zu erhalten. Davon, daß derselbe aber in keiner Weise gedrängt werden solle, Besetzungen von Stellen, welche den Maigesetzen zuwider liefen, vorzunehmen, ist keine Rede gewesen. Eben so wenig ist es zur Sprache gekommen, daß er zur Wiederbesetzung der gesetzwidrig angefüllten Stellen, welche mithin als vacant zu betrachten seien, in keiner Weise gedrängt werden solle. Wäre dies überhaupt der Fall gewesen, so würde gewiß ein Wink an die Staatsbehörde ergangen sein, daß die beiden gesperrten Geistlichen in Ausübung ihrer Amtsfunctionen ferner nicht allzu sehr behindert werden sollten. Statt dessen werden dieselben fast in jeder Woche wegen Contraventionen zur Anzeige gebracht. Außerdem ist aber auch erst mit dem 1. Juli d. J. die Frist abgelaufen, nach welcher die Regierung gesetzmäßiger Weise die Wiederbesetzung der beiden Stellen verlangen kann."

Fulda, 19. Juni. Wie verlautet, werden die preußischen Bischöfe am 23. dieses Monats hier zusammen kommen. Der Fürstbischof von Breslau wird den Vorsitz führen.

* Berlin, 18. Juni. Der „Frankf. Ztg." wird von hier folgende interessante Mittheilung gemacht: „Nichts merkwürdiger, als der beflissene Eifer, mit welchem fort und fort die liberalen Blätter Lasker von dem Vorwurfe rein zu waschen suchen, bei seinen Enthüllungen die eigene Partei in ungebührlicher Weise geschont zu haben. Es werden fortwährend dieselben hundertmal widerlegten Rechtfertigungsgründe wiederholt, um deretwillen nochmals auf die Sache zurückzukommen sich nicht lohnen würde. Nur die immer weitergehenden Zugeständnisse der liberalen Presse selbst, welche irgend eine, profanen Augen noch unsichtbare Wolke am Himmel ihrer Selbstzufriedenheit sehen muß, sollen hier dankbar registrirt werden. Anfangs that man in himmlischer Unschuld so, als ob es ein Ding, wie nationalliberales Gründerthum, gar nicht gebe, dann kam die „Nationalliberale Correspondenz" und verkündete zuversichtlich, daß die von den Abgeordneten ihrer Partei poussirten Gründungen in der Specialuntersuchungscommission sämmtlich reinlich und zweifelsohne befunden seien, heute endlich concentrirt sich eine andere, liberale, gleichfalls von Abgeordnetenkreisen inspirirte Correspondenz (in der „Magdeburger", „Breslauer" und anderen Zeitungen) noch einen Schritt weiter rückwärts und unter fortdauernden Weihrauchsspenden für Lasker schlachtet sie selbst das erste Opfer aus der eigenen Heerde. Sie führt an, daß die Vorgänge bei der Gründung der Hannover-Altenbekener Bahn, bei welcher die damaligen Abgg. Graf Münster, v. Bennigsen und Adickes betheiligt gewesen seien, in der Specialuntersuchungscommission die strengste Prüfung gefunden hätten, daß die beiden erstgenannten Parteiführer ohne Fehl befunden seien, daß Hr. Adickes aber, ob zwar vor die Commission geladen, sich weder, während der Reichstag tagte, in Berlin, noch in seiner Heimath hätte auffinden lassen. Er sei in Folge dessen nicht wieder in den Reichstag gewählt worden. Das sind ja ganz allerliebste Geheimnisse, welche da in holder Sorgfältigkeit ausgeplaudert werden. Nach der Verfassung zwar sind alle Preußen vor dem Gesetze gleich, nach der liberalen Moral aber gehören die conservativen Gründer an den öffentlichen Pranger, der Sünder im eigenen Hause dagegen wird in heimlicher Vehme abgethan! Doch das wäre das Wenigste. Kannte Herr Lasker diese Dinge und falls er sie kannte, weßhalb hat er, wenn's nun einmal mit dem ganzen Bericht nicht ging, nicht wenigstens diese einzelne Gründung im „Interesse der öffentlichen Moral" vor das Plenum des Abgeordnetenhauses gebracht? Eine Form dafür hätte sich um so leichter finden lassen, als natürlich das ganze Haus freudig bereit gewesen wäre, eine oder mehrere Sitzungen für die Untersuchung einer zweifelhaften Sache zu opfern, in welche nun einmal, wenn auch ohne persönliches Verschulden, der Name seines Präsidenten verflochten war. Zudem hatte Herr Lasker ein Präcedens für sich; als er seine Mittheilungen über die pommer'sche Centralbahn machen wollte, benutzte er dazu die Discussion einer Eisenbahnanleihe und die Berathung des Eisenbahnetats; beide Gelegenheiten standen ihm auch in vergangener Session offen. Aber freilich, hier Wagener und Putbus, dort Münster und Bennigsen — ja, Bauer, das ist ganz was Anderes."

Berlin, 18. Juni. Wie die „Kreuzzeitung" mittheilt, beabsichtigt Fürst Bismarck jetzt allerdings, am nächsten Dienstag für einige Tage nach Berlin zu kommen und dann zum Gebrauch einer mehrwöchigen Cur nach Kissingen zu reisen. Den Curgebrauch in Kissingen hatten die vom Fürsten Bismarck zu Rath gezogenen Aerzte demselben bekanntlich schon lange vor dessen Abreise nach Varzin empfohlen, welcher Rath jedoch vom Fürsten Bismarck selbst so entschieden verworfen worden war, daß die Officiösen damals in die Welt hinausschreiben mußten: eine Benutzung des Kissinger Brunnens sei niemals für den Reichskanzler in Erwägung gezogen worden. Aus den Andeutungen der „Kreuzzeitung" ergibt sich nun, daß es den fortgesetzten dringenden Bitten der Gemahlin und der Tochter des Reichskanzlers gelungen ist, die Abneigung des Letzteren gegen den Curgebrauch in Kissingen zu besiegen und ihn zu einer Reise dahin zu bestimmen. Aus alledem geht zugleich mit Evidenz hervor, daß das Befinden des Fürsten Bismarck sich auf Varzin nicht gebessert hat. — Nach brieflichen Mittheilungen aus Frankfurt a. d. O. ist das große Sängerfest, welches dort am vorigen Sonntag abgehalten werden sollte, durch eine entsetzliche Katastrophe gestört worden. Kaum hatten nämlich die in festlichem Zuge mit wehenden Fahnen und klingendem Spiele zum Festplatze hinausgezogenen Sänger auf dem für sie bestimmten Podium Platz genommen, als dasselbe unter seiner schweren Last zusammenbrach. Ein Schrei des Entsetzens durchlief die Reihen der Zuhörer, welche nach vielen Tausenden zählten. Aus den Trümmern wurden die Leichen zweier Knaben, welche unter dem Podium gespielt hatten, sowie eines jungen Sängers hervorgezogen. Außerdem war ein Knabe lebensgefährlich verletzt, während viele Sänger minder gefährliche Verletzungen davon getragen hatten. Die Schuld an diesem Unglück wird dem Zimmermeister zur Last gelegt, der das Podium zu leicht aufgeführt haben soll. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird ergeben, was an dieser Beschuldigung Wahres ist. Jedenfalls waren die Stützen zu kurz und zu leicht. (K. V. Z.)

Posen, 19. Juni. „Kuryer Poznanski" veröffentlicht ein Schreiben des Posener Domcapitels, in welchem gegen die Aufforderung, einen Generalvicar für die Erzdiöcese zu wählen, protestirt wird, weil das Capitel die Sedisvacanz des erzbischöflichen Stuhles nicht anerkennen könne, ohne sein Gewissen zu belasten und meineidig zu werden, und zur Wahl weder schreiten könne noch wolle.

Ausland.

* Wien, 18. Juni. Der oberste Gerichtshof entschied auf einen Recurs, daß eine von dem altkatholischen Seelsorger in Wien geschlossene Ehe ungültig sei.

Pest, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses interpellirte Tisza den Ministerpräsidenten wegen des jüngsten unerwarteten Wechsels im Kriegsministerium und wegen der mangelnden Contrasignatur eines gemeinsamen Ministers bei dem betr. Handschreiben des Kaisers. Der Ministerpräsident sagte die Beantwortung für die nächste Sitzung zu.

Basel, 20. Juni. Den „Baseler Nachrichten" wird aus Genf gemeldet: Heute ist hier die erste Nummer von Henri Rocheforts „Laterne" erschienen. Dieselbe, bei Veresoff gedruckt, wird in den Straßen massenhaft verkauft.

Versailles, 19. Juni. Nationalversammlung. Die Majorität der Decentralisationscommission will den Gesetzentwurf betreffs Organisation der Municipalbehörden zurückziehen, die Minorität der Commission dagegen den Entwurf wieder aufnehmen. Die Versammlung nahm mit 579 gegen 33 Stimmen ein Amendement Berthauld's an, wodurch 3 Artikel des Entwurfs gestrichen werden, nach welchen durch Cumulativ-Abstimmungen auch den Minoritäten eine Vertretung ermöglicht werden sollte. Morgen findet die Discussion des Artikels 14, betreffs Ernennung der Maires, statt. — Die Legitimisten erklärten in der heutigen Sitzung der constitutionellen Commission, sie würden keinem Entwurf zustimmen, der das monarchische Princip direct oder indirect verletze.

Versailles, 20. Juni. Nationalversammlung: Der Minister des Innern stimmt dem Antrage Clapier bei, der die Gültigkeit des Gesetzes, wonach der Regierung die Ernennung der Maires zusteht, auf 2 Jahre verlängert wissen will. Der Minister erklärt, das Gesetz sei im allgemeinen wie ihm socialen Interesse nothwendig und fügt hinzu, man müsse das Princip der Autorität wieder mehr zur Geltung bringen. Der Antrag wird nach lebhafter Bekämpfung Seitens der Linken mit 358 gegen 329, einer Majorität von 29 Stimmen, angenommen. Alle Gruppen der Rechten und die Bonapartisten stimmten für den Antrag.

Paris, 19. Juni. Der Akademiker Jules Janin ist gestorben. — Die „Agence Havas" dementirt die Nachricht von der Ankunft der Herzogin von Madrid in Paris und fügt hinzu, die Herzogin halte sich bei ihrem Gemahl Don Carlos in Navarra auf.

Brüssel, 20. Juni. „Nord" veröffentlicht den Wortlaut des Entwurfs für die Berathung der hiesigen internationalen Commission über Kriegs- und Völkerrecht. Der Entwurf ist in Kapitel eingetheilt und umfaßt folgende Gegenstände: Militärautorität in Feindesland, Unterschied zwischen Soldaten und Nichtcombattanten, erlaubte und unerlaubte Mittel der Kriegführung, Belagerung, Bombardement, Spionwesen, Kriegsgefangene, Verwundete, Gewalt der Militärpersonen gegenüber Civilpersonen, Requisitionen, Contributionen, Parlamentärwesen, Capitulationen, Waffenstillstand und Repressalien.

Haag, 19. Juni. Die 2. Kammer lehnte mit 39 gegen 32 Stimmen den 1. Artikel des Gesetzentwurfs über Herabsetzung des Wahlcensus ab.

Haag, 20. Juni. Die für heute festgesetzte Berathung des Marinebudgets ist auf Wunsch des Ministeriums bis auf Montag vertagt worden. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Ministerium in Folge des Kammervotums über die Herabsetzung des Wahlcensus seine Demission zu geben. In der Montagssitzung werden bezügliche Mittheilungen erwartet. Heute findet ein Ministerrath statt.

Amsterdam, 20. Juni. Mehrere Journale besprechen das gestrige Votum der Kammer über die Herabsetzung des Wahlcensus und heben hervor, das Resultat der Abstimmung müsse eine Ministerkrise oder die Auflösung der Kammer herbeiführen. Die Entscheidung hierüber sei nur wegen der Reise des Königs verschoben.

Kopenhagen, 20. Juni. Der König hat die Demission des Finanzminister Krieger angenommen und den Conseilpräsidenten Holstein-Holsteinborg interimistisch mit den Geschäften des Finanzministers beauftragt.

London, 20. Juni. Bei der Neuwahl zweier Parlamentsmitglieder für Northdurham gewannen die Conservativen einen Sitz. — Die Arbeitseinstellung von 7000 Kohlenarbeitern in Cleveland ist beendet, da die Arbeiter die Herabsetzung der Löhne von 12½ auf 10 pCt. acceptirten.

Konstantinopel, 20. Juni, Der Großvezier übergab heute früh unter Entfaltung einer ansehnlichen bewaffneten Polizeimacht die Kirche des heiligen Erlösers den Kugelianisten.

New-York, 20. Juni. Der Senat und das Repräsentantenhaus haben die Bill betreffs des Papiergeldes angenommen.

Lokales.

Mahlberg. Der altkatholische Priester Feig ist noch nicht nach Baden abgezogen, sondern wohnt noch hier im Pfarrhause. Die ganze kathol. Kirchspielsgemeinde Mahlberg und Orschweier ist dem römisch-katholischen Glauben treu geblieben; abgefallen ist kein Katholik, auch nicht einer. — Die Früchte stehen herrlich auf dem Felde und berechtigen zu den schönsten Hoffnungen des Landmannes. (A. f. St. u. L.)

** Offenburg, 20. Juni. Bei Entleerung eines Abortes fand man gestern die Leiche eines 6 Wochen alten Knäbleins, dessen ledige Mutter — gebürtig aus Weingarten, A. Bruchsal, — im Gefängnisse sitzt, noch immer ihre Unschuld betheuernd.

Z . . . r Mainz. Ein hiesiger Kunsthändler hat in den Tagen, als die Generalversammlung des Mainzer Katholiken-Vereins stattfand, in seinem Schaufenster eine große Photographie des jüngsten Kaulbachschen Bildes „der deutsche heilige Michael" ausgestellt. Dasselbe stellt den hl. Michael im Kampfe mit dem Teufel dar, für den Letzteren und an dessen Stelle sind jedoch einige Jesuiten, der Papst, Napoleon III. und IV. u. A. substituirt. Der Polizeivorstand machte den Kunsthändler auf das Ungeeignete seines Benehmens aufmerksam, da dadurch Streitigkeiten provocirt, seine Mitbürger beleidigt würden u. s. w., worauf das Bild aus der Vorlage verschwand. Nach anderer Angabe ist es confiscirt worden. Der Kunstwerth soll unbedeutend sein.

* Schwurgericht.

Mannheim, 17. Juni. Ernst Mählmann von Bracke wird wegen Körperverletzung, unter Annahme mildernder Umstände, zu 1 Jahre Gefängniß verurtheilt. —

* Karlsruhe, 22. Juni, Mittags. Soeben ist in der ersten Kammer die Einkommensteuer mit 9 gegen 7 Stimmen verworfen worden.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Die Fabrik des rheinischen Traubenbrusthonigs in Mainz machte schon durch mehrere Empfehlungen in unserem Blatte auf die Vorzüglichkeit ihres Präparats, — welches als angenehmes und nützliches Hausmittel allgemein geschätzt und anerkannt wird, aufmerksam.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

St. Peter.

Todesanzeige.

Heute in der Frühe um ½1 Uhr starb auf dem Lindenberg nach längerem Leiden und oftmals durch die hl. Sacramente gestärkt der hochw. Herr

Joseph Diebold von Ettlingen.

Die hochw. Confratres, insbesondere dessen Coäven, bittet um das Memento,

St. Peter, den 19. Juni 1874,

Im Namen der Hinterbliebenen:

T. Knittel, Subregens.

Katholische Gesellenherberge
Karlsruhe.

Mittwoch den 24. Juni Abends 7 Uhr findet im Gesellenhause, Sophienstraße 48 Generalversammlung statt, wozu die Herren Actionäre eingeladen werden. Der prov. Verwaltungsrath.

Es wird empfohlen zur Bestellung
der
grosse illustrirte Kunstcatalog
der
Leo Wœrl'schen
Buch- u. kirchl. Kunstverlags-Handlung in Würzburg.

gross 4°. mit über 170 Illustrationen 10 Bogen umfassend.

Preis broch. 1 Mark oder 35 kr. 10 Sgr. oder 1. 25 Frcs.
Preis gebunden 1 Mark 7 Pf. oder 42 kr. oder 12 Sgr. 6.4

Inhalt des Catalogs:

I. Gruppendarstellungen:
- A. Kreuzwege.
- B. Curcifix mit Maria und Johannes.
- C. Krippenvorstellungen.
- D. Die hl. Familie.
- E. Das hl. Grab Christi

II. Doppel- od. einzelne Figuren:
- A. Christus-Figuren.
- B. Figuren der heil. Jungfrau Maria.
- C. Figuren des heil. Joseph.
- D. Statuen der Heiligen. Die hl. Apostel. Die 4 Evangelisten.
- E. Statuen der heil. Engel.
- F. Symbole.
- G. Postamente.
- H. Tragbahren für Prozessions-Figuren.

III. Oelgemälde:
- A. Altarbilder.
- B. Votivbilder und Gemälde für Kirchen.
- C. Wallfahrts- und Gnadenbilder.
- D. Tragbilder bei Prozessionen.
- E. Fahnenbilder.
- F. Kreuzwege.

IV. Oelfarbendruckbilder.

V. Glasgemälde.

VI. Altäre, Chorstühle u. Kanzeln. Frohnleichnams-Altäre.

VII. Grabmonumente.

VIII. Kirchenornamente. Missal-Beschläge.

IX. Paramente.

X. Devotionalien.

XI. Lehrmittel.

Anhang.

8600 Abonnenten.

Kölnische Volkszeitung.

Zwei Blätter täglich und Feuilleton.

Größte katholische Zeitung Deutschlands seit 1860.

Das Streben der Redaction und des Verlegers, das Blatt in seinen Leistungen auf der Höhe zu erhalten, hat im laufenden Quartal durch das Steigen des Abonnements 8600 Exemplare (in der Stadt Cöln allein über 2000) erneuerte Anerkennung gefunden, welche die Hoffnung begründet, daß es gelingen werde, der größten katholischen Zeitung Deutschlands im zweiten Decennium ihres Bestehens die von so vielen liberalen Blättern längst erreichte Zahl von 10,000 Abonnenten zu sichern.

Das neue Preßgesetz gewährt die Möglichkeit, Lücken auszufüllen und immer Gediegeneres auf allen Gebieten zu leisten. Die „Köln. Volkszeitung" wird nichts unterlassen, um in der ersten Linie zu bleiben. Insbesondere soll — wie es theilweise bereits im ablaufenden Quartal geschehen ist — den Rubriken des Auslandes eine vermehrte Aufmerksamkeit zugewandt sind Sorge getragen werden, die Verhandlungen der deutschen parlamentarischen Körperschaften mittels angemessener Vermehrung der Bogenzahl und verbesserter technischer Einrichtungen sofort in möglichster Ausführlichkeit zu bringen. Man wolle jedoch nicht außer Acht lassen, daß die Koln. Volksztg. bisher schon in mancher Beziehung — so im Feuilleton und überhaupt in dem Umfange des Gebotenen — mehr leistete wie irgend ein anderes Blatt von gleichem Abonnementspreise. Außerdem ist die zweimalige tägliche Versendung, welche für die große Mehrzahl der Routen bereits stattfindet, und allmälig auf alle ausgedehnt werden wird, bei denen die Posteinrichtungen dies gestatten, ein nicht geringer Vortheil für die Abonnenten, erfordert aber auch einen großartigen Kostenaufwand, welchen andere Blätter bei einmaliger Versendung ersparen.

Die Einrückungsgebühren betragen:

gewöhnliche Inserate 2½ Sgr. die Zeile, Reclamen 7½ Sgr. die Doppelzeile.

Bei diesem Preise, welchen andere Blätter mit kaum der Hälfte unserer Abonnentenzahl erheben, bleiben die Inserate der „Köln. Volksztg." bei ihrer großen Verbreitung noch billiger als die der meisten deutschen Zeitungen: daß unser Blatt zu den wirksamsten Insertionsmitteln gehört, ist allgemein bekannt.

Der Abonnementspreis beträgt: bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches (und wie bisher, in Luxemburg und Oesterreich) 2 Thlr. 7½ Sgr. Bei den Agenturen der „Köln. Volkszeitung" in Aachen (Gebr. Habes), Bonn (A. Lützenkirchen), Düsseldorf (W. Deiters), Koblenz (Fr. Düts) und Trier (J. B. Grach's Buchhandlung) 2 Thlr. 7½ Sgr.; für Köln 1 Thlr. 25 Sgr.

J. P. Bachem in Cöln.

Bekanntmachung.

Der hiesige Kunstverein beabsichtigt in diesem Jahr, ähnlich wie in früheren Jahren, wieder eine **außerordentliche Verloosung von Kunstwerken** zu veranstalten.

Loose à 1 Mark sind bei den Buchhandlungen der Herren Bielefeld, Creuzbauer, Macklot, bei Herrn Kunsthändler Velten, bei Frau Hofvergolder Ziegler Wittwe und den Herren Hofvergolder Krauth und Raupp, sowie im Vereinslocal an der Kasse zu haben.

Bei Abnahme von 10 Loosen wird ein weiteres Loos als Freiloos gegeben.

Da die gegenwärtigen Zeitverhältnisse für den Verkauf von Kunstwerken nicht günstig sind, so glaubt der Verein durch diese Verloosung jungen talentvollen Künstlern eine erwünschte Gelegenheit zu bieten, einige preiswürdige Arbeiten abzusetzen und wird der Wunsch gerechtfertigt sein, daß das Publikum dieses Unternehmen durch Abnahme von Loosen fördern möge.

Die Verloosung soll am 15. Dezember stattfinden und wird das Resultat derselben öffentlich, insbesondere durch Einrücken in die Karlsruher Zeitung bekannt gemacht.

Karlsruhe den 19. Juni 1874.

Der Vorstand des Kunstvereins in Karlsruhe.

Bad Eisenbach 3.3.

ist vom **25. Mai d. J.** an wieder eröffnet, unter gleichzeitiger Abgabe von Sool-, Douche-, Schröpf-, Fichtennadeln- und gewöhnlichen Bädern, wozu höflichst einadet,

Bad Eisenbach, im Juni 1874, **Kienzler, zum Bad.**

Unterzeichneter bringt anmit zur Kenntniß, daß er das gut eingerichtete, vis-à-vis der Post gelegene

Gasthaus
zum goldenen Adler in Einsiedeln

von seinem Schwager August Gyr übernommen und empfiehlt sich allen resp. Reisenden und Wallfahrern bestens unter Zusicherung prompter und billiger Bedienung. H-3171-Z.

3.3. **Adelrich Birchler-Gyr.**

Papier-Verkauf.

Bei der unterzeichneten Stelle ist eine große Parthie alter ausgeschiedener Drucksachen und Aktenstücke (Letztere unter der Bedingung sofortigen Einstampfens) dem Verkaufe ausgesetzt.

Angebote hierauf sind bis längstens **Donnerstag, den 25. d. Mts., Morgens 10 Uhr,** hier einzureichen.

Archivariat der zweiten Kammer.

☞ Ein unmöblirtes Zimmmer, heizbar, eine Mansarde oder in einem Hintergebäude bis zum 3. Stock für ein älteres Frauenzimmer von der Leopoldstraße bis zur Kreuzstraße gelegen auf den 15. oder 23. Juli gesucht. Adresse mit Beilegung einer Kreuzermarke befördert die Exped. d. Blattes.

Verloosungen.

Mailänder 10-Fr.-Loose vom Jahre 1866. Ziehung am 1. Juni. Auszahlung am 1. September. Gezogene Serien: 340 914 3889 5531 6067. Hauptpreise: Serie 5531 Nr. 48 100,000 Fr. Serie 6067 Nr. 97 1000 Fr. Serie 3889 Nr. 69 500 Fr. S. 5531 Nr. 70, S. 340 Nr. 61, 13, 72, S. 3889 Nr. 90 je 100 Fr. S. 3889 Nr. 30, S. 5531 Nr. 46, S. 914 Nr. 94, 95, S. 340 Nr. 57, S. 6067 Nr. 57. 60, S. 914 Nr. 3, S. 3889 Nr. 83, H. 6067 Nr. 96 je 50 Fr. S. 914 Nr. 66, S. 340 Nr. 33, S. 3889 Nr. 100, S. 340 Nr. 63, S. 6067 Nr. 98, S. 5531 Nr. 1, S. 6067 Nr. 14, S. 340 Nr. 96, S. 5531 Nr. 32, S. 914 Nr. 32 S. 340 Nr. 94, S. 3889 Nr 19, 15, 88, S. 5531 Nr. 76, S. 6067 Nr. 58, S. 914 Nr. 55, S. 5331 Nr. 9 je 20 Fr. Alle übrigen in den obigen Serien enthaltenen Nummern je 10 Fr.

Eheschließungen.

18. Juni. Bernhard Strübel von Ottenhöfen. Eisenbahnarbeiter, mit Dorothea Sigloch von Zuffenhausen.

18. „ Nikolaus Gölz von Bensheim, Gärtner, mit Elisabeth Munz von Jöhlingen.

Todesfälle.

18. Juni. Wilhelmine, Ehefrau des Hofbäckers Schmidt. 50 J.

19. „ Emma, Vater Bauunternehmer Stier. 11 M. 16 T.

20. „ Johanna, Vater Bahnhofarbeiter Romming. 6 M. 7 T.

20. „ Karl Sachs, Königl. Preuß. Oberstlieutenant, Wittwer. 48 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 20 Juni.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig	105⅞ G
4½% do.	— b
4% do.	99⅞ G
Baden 5% Obligationen	104⅝ b
4½% do.	— G
4% do.	97⅞ b
3½% do. v. 1842	92 G
Bayern 4½% Obl. (Zins 1jähr.).	101¾ G
4½% „ 1856 Zs. ½jähr	— G
4% „ „ 1jähr.	97¼ G
Württemberg 5% Obligationen	105 G
4½% „	101¼ b
4% „	98 P
Nassau 4½% Obligationen	98¾ G
3½% do.	93½ G
Sachsen 5% do.	99½ G
Gotha 5% do.	102¾ P
Kr. Hessen 5% do.	— G
4% do.	— G
Oesterr. 5% Silberrente B. 4½%	67⅝ G
4% Papierrente B. 4½%	— b
do. do.	— G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	72¼ b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	98¼ G
Rußland 5% Obligationen v. 1872	93½ G
Belgien 4½% Obligationen	103½ G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98⅛ G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	95⅝ G
4% „ „	96⅝ P
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99¼ G
6% „ 1885r v. 1865	101⅞ G
5% „ 1904r 10/40 1864	98½ P
Spanien 3% neue Schuld von 1869	18 G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	— G
do. leere.	— P
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	112¾ b
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147½ G
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	363½ G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1035 b
5% do. Creditactien, fl. 160	228 b
Stuttgarter Bank	— G
5% Elisabethbahn, fl. 200	216½ G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	162 P
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	173⅝ b
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	110½ b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	133¼ G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	338 G
5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86¼ G
3% do. do.	49½ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84¾ b
5% do. do. 2. Emiss.	— G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	85¼ P
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	63 G
5% Hessische Ludwigsbahn	104½ G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	— P
6% Central Pacific, rückz. 1898	78⅝ G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	67 P
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	— b
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	114⅜ G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	112½ G
Badische 35-fl.-Loose	70⅝ b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅝ G
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	226 b
„ 25-fl.-Loose	— G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	72½ G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— G
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	97⅝ G
„ 5% 500 do. do. 1860	102⅝ b
„ 100-fl.-Loose do. 1864	159½ b
Schwedische 10-Thaler-Loose	— P
Finnländer 10-Thlr.-Loose	— b
Meininger 7-fl.-Loose	— P

Wechsel-Cours.

Amsterdam k. S.	99⅞ b
Augsburg „	100 P
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅛ P
Brüssel „	94⅝ b
Hamburg „	105⅛ P
Leipzig „	105 P
London „	119⅞ G
Mailand „	— b
Paris „	94½ b
Wien „	105¾ G

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9. 39 41
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 45 47
Ducaten	„ 5. 32 34
20-Frankenstücke	„ 9. 25½ 36½
Engl. Sovereigns	„ 11. 52 54
Russ. Imperiales	„ 9. 42 44
Dollars in Gold	„ 2. 25½ 27½

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg